

DER ARZNEIMITTELBRIEF

Unabhängiges
Informationsblatt



Gegründet von
H. Herxheimer, M. Schwab,
H.-W. Spier
Herausgeber
Dietrich von Herrath,
Wolf-Dieter Ludwig,
Walter Thimme

Schriftleitung
Dietrich von Herrath, Wolf-Dieter Ludwig,
Wolfgang Oelkers, Thomas Schneider,
Jochen Schuler, Walter Thimme
Mitarbeiter
Matthias Döring, Andreas Michalsen

Jahrgang 41
Nr. 7
Berlin
Juli 2007

Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel bei Patienten

In Europa ist es (noch) verboten, dass die Pharmaindustrie direkt Patienten über rezeptpflichtige Arzneimittel „informiert“. Die „Informationen“ der Industrie sind, wie wir wissen, meistens Werbung und zum Teil gezielte Desinformationen, die der Umsatzsteigerung dienen sollen. Die Veranstaltung zum vierzigjährigen Jubiläum des ARZNEIMITTELBRIEFS war den raffinierten Werbemethoden gewidmet, mit denen die Ärzte umgarnt werden, um neue Medikamente zu verordnen (1). Neue Medikamente sind aber meist teuer und die Langzeitrisiken sind nicht bekannt. Patienten wissen das nicht. Sie sind durch ihre Krankheit verunsichert, unerfahren im Umgang mit Pharmawerbung und daher besonders gutgläubig. Sie werden also von ihrem Arzt erwarten, dass er das neue Medikament verordnet, von dem sie selbst durch direkte Werbung „überzeugt“ wurden. Nachweislich nimmt bei Aufhebung des bestehenden Werbeverbots der Umsatz in diesem Segment zu (2).

Vor etwa fünf Jahren wurde, unterstützt von der Industrielobby, im europäischen Parlament ein Antrag eingebracht, der das Werbeverbot lockern oder gar aufheben sollte. Dieser Antrag wurde mit 494 gegen 42 Stimmen abgelehnt. Nun gibt es wieder parlamentarische Aktivitäten, die erreichen sollen, dass die „Informationen“ der Industrie direkt an die Patienten gegeben werden dürfen. In einem Interview hat der Direktor der European Federation of Pharmaceutical Industries, Brian Agar, die Informationspolitik auf dem Arzneimittelmarkt in Europa mit der Situation in Nordkorea verglichen: „Wir dürfen nichts sagen“ (3). Leider hört man in Brüssel mehr und mehr auf die Befürworter dieser gefährlichen Informations-Werbe-Freiheit.

Anfang Mai 2007 hat daher die International Society of Drug Bulletin, der auch DER ARZNEIMITTELBRIEF angehört, zusammen mit Medicines in Europe Forum und Health Action International einen offenen Brief an die zuständigen Kommissare Günter Verheugen und Markos Kyprianou geschrieben (4). Darin wird scharf kritisiert, dass sich die Kommission in Arzneimittelangelegenheiten von einem völlig illegitimen Gremium, dem sogenannten „Pharmazeutischen Forum“, beraten lässt, in dem die Industrie mit großer Stimmenzahl vertreten ist. Das Forum beschäftigt sich z.B. mit der Vorbereitung offizieller Patienteninformationen. Es sind auch schon Probeexemplare (Diabetes Typ 2) versandt worden. Der Einfluss der Industrie wird deutlich und macht diese „Informationen“ zu Werbung. So werden z.B. bei Besprechung der Glitazone die bedenklichen Nebenwirkungen nicht ausreichend dargestellt. Der offene Brief stellt fest, es sei nicht Aufgabe der Politik, sich in undurchsichtiger Zusammenarbeit mit der Pharmaindustrie um Patienteninformation zu kümmern.

ZSB
1375
ZB MED

Inhalt

Werbung für rezeptpflichtige Arzneimittel	49
Inkretinmimetika und DPP-IV-Antagonisten in der Behandlung des Diabetes mellitus Typ 2	50
Der Einfluss von Thyreostatika auf das Ergebnis einer Radiojodtherapie wegen Hyperthyreose	51
Traubensilberkerzen-Extrakt, Soja und „Multibotanicals“ nicht besser als Plazebo in der längsten Studie zur Behandlung klimakterischer Beschwerden	52
Eine zweiwöchige antibiotische Therapie der Neuroborreliose ist ausreichend	52
Sunitinib bei fortgeschrittenen gastrointestinalen Stromatumoren	53
Häufigkeit von Blutungskomplikationen bei älteren antikoagulierten Patienten	54
Daptomycin – ein neues Antibiotikum gegen Staphylokokken-Bakteriämien und -Endokarditiden	55
Vorwürfe gegen die FDA wegen des Zulassungsverfahrens von Telithromycin (Ketek®)	56

Dosisangaben ohne Gewähr!

Am 14. Juni 2007 gab es erneut Grund zur Empörung, die sich in einem zweiten offenen Brief artikuliert (5). Die Kommission hatte sich - wieder beraten vom „Pharmazeutischen Forum“ - nach einer (gezielt?) stümperhaften Recherche zur Situation der Patienteninformation in Europa geäußert. Viele, vor allem die unabhängigen Informationsquellen wurden nicht genannt, z.B. die ISDB-Bulletins, die sich auch an Patienten wenden, wie unser Informationsblatt Gute Pillen – Schlechte Pillen. Der Kommissionsbericht kam kurz gefasst zu dem Ergebnis: Patienten haben ein Recht auf Information, aber Europa sei in dieser Beziehung eine Wüste; nur die pharmazeutische Industrie könne Abhilfe schaffen.

Der offene Brief stellt dazu fest, dass ein solcher methodisch intransparenter Bericht die öffentliche Meinung desinformieren könne und nicht zur Grundlage einer Gesetzgebung gemacht werden dürfe. Patienten hätten zwar ein Recht auf Information, diese müsse aber ausgewogen und vergleichend sein. Dies liege aber nicht im Interesse der Industrie, sondern sei die Pflicht der Behörden, die die Interessen der Patienten zu vertreten hätten. Zur Zeit werde durch Public private partnership die Rolle der Akteure geschickt vertuscht. Das müsse ein Ende haben. Nach der geltenden Gesetzeslage dürfen offizielle Ratschläge zu Gesundheit und Krankheit nur gegeben werden, wenn dabei Medizinprodukte (dazu gehören auch Arzneimittel) nicht angesprochen sind. Dabei solle es bleiben.

In den USA ist die „Information“ der Patienten über rezeptpflichtige Medikamente seit 1997 möglich. Seither sind die Ausgaben der Industrie für Werbung bei Patienten von 1,1